Die Werteunion

Es kam einer Revolution gleich. Die EU, die sich seit Monaten am Rande des Abgrunds bewegt, hat inmitten der Flüchtlingskrise zu einem bemerkenswerten Befreiungsschlag angesetzt. Auf gemeinsame Initiative von Rat, Kommission und Parlament hat zum 1. Februar 2016 in Luxemburg der Europäische Sicherungsmechanismus für rechtsstaatliche Stabilität (ESRS) seine Arbeit aufgenommen. Wie so oft, hat die EU auch in dieser Stelle ihre Macht eher beiläufig ausgespielt. Weder von der Öffentlichkeit noch von den Nationalstaaten war viel zu hören, obwohl der ESRS Kompetenzen hat, die weit über das bislang übliche Brüsseler Portfolio hinausgehen. An seiner Spitze steht ein Beamter, wie man ihn in Europa oft trifft. Der Jurist Leevi Virtanen ist Finne mit englischen Wurzeln und verheiratet mit einer Französin, die Kinder wachsen dreisprachig auf. Nach Studium in Helsinki, Erasmusjahr in Heidelberg und Promotion am European Institute in Florenz war er lange Jahre in der Kommission tätig. Nunmehr wurde er zum obersten Wächter über die europäische Rechtsstaatlichkeit ernannt. Hier erklärt er, was es damit auf sich hat:

myops: Herr Virtanen, die Bilder in Ihrem Büro sehen aus wie Billigdrucke von Ikea.

Virtanen: Das sind sie auch.

myops: Spiegelt sich darin die Wertschätzung wider, die man Ihrer Arbeit entgegenbringt?

Virtanen: Nein, ich verzichte bewußt auf die Statussymbole der Macht. Dem Recht steht Bescheidenheit gut zu Gesicht.

myops: Wie ist die genaue Bezeichnung des Postens, den sie innehaben?

Virtanen: Offiziell bin ich der Hohe Vertreter für rechtsstaatliche Stabilität. Der Titel gefällt mir nicht, ich finde ihn zu pompös. Deshalb bin ich um so mehr darum bemüht, unsere Arbeit für sich sprechen zu lassen. Nur wenn wir den Schmuck beiseite lassen, können wir in der Sache hart auftreten.

myops: Ist ein Hoher Vertreter nicht eine Institution der Außenpolitik?

Virtanen: Da haben Sie im Prinzip recht, ursprünglich war das so. Mit der Adaption ins Recht wollen wir zwei Dinge klar machen. Zum einen ist Rechtsstaatlichkeit in einer globalisierten Welt nichts mehr, was Staaten als selbstherrliche Souveräne in ihrem Innern haben oder nicht, sondern sie hat immer eine außenpolitische Seite. Vor allem aber ist sie sicherheitspolitisch relevant. Ein funktionierender Rechtsstaat ist das stabilste System der Welt, und eine blühende Demokratie läßt sich für Krieg kaum begeistern.

myops: Besieht man die Entwicklung der jüngsten Zeit, dann scheint die Existenz Ihrer Behörde eine Folge der Flüchtlingskrise zu sein.

Virtanen: Nein, dieser Eindruck täuscht. Eine Einrichtung wie die unsere entsteht nicht über Nacht, außerdem hat die Flüchtlingskrise bestimmte strukturelle Defizite nicht geschaffen, sondern sie nur deutlich zutage treten lassen. Die Planungen für mein Amt reichen im Grunde bis ins Jahr 2000 zurück, als die EU erstmals damit konfrontiert wurde, daß mit Österreich eines ihrer Mitglieder von einer rechtspopulistischen und EU-feindlichen Partei mitregiert wurde. Die europäischen Reaktionen darauf waren ziemlich unbeholfen und politisch vermutlich kontraproduktiv. Als Silvio Berlusconi im Jahr darauf begann, den italienischen Rechtsstaat systematisch zu zerstören, hat man aus Europa eigentlich gar nichts mehr gehört.

myops: Und das sollen Sie nun ändern?

Virtanen: Ja, genau dafür sind wir da. Die Achtung vor dem Recht war schon immer die Bedingung der Möglichkeit jeder europäischen Vergemeinschaftung. Ohne Vertrauen darin, daß in den

anderen Ländern alles mit rechten Dingen zugeht, wäre doch niemand bereit, irgendwelche Befugnisse nach Brüssel oder sonstwohin abzugeben. Deshalb ist es, normativ gesehen, auch bis heute ausgeschlossen, daß Staaten am Projekt Europa teilhaben, die ein gewisses Niveau an Rechtsstaatlichkeit nicht einhalten.

myops: Aber die Wirklichkeit entspricht doch längst nicht mehr diesem Anspruch.

Virtanen: Genau das ist das Problem. Bei der Einführung des Euro hat man sich sehr genaue Kriterien überlegt, mit denen die Stabilität der neuen Währung garantiert werden sollte. Wir alle wissen, daß auch hier die Realität ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten geschaffen hat. Aber wir haben auch gesehen, welche Mittel die Eurozone zur finanziellen Gefahrenabwehr mobilisieren konnte. Binnen kürzester Zeit wurden Hunderte von Milliarden Euro in Bewegung gesetzt, und in Athen regiert seit einigen Jahren die Troika.

Bei der Rechtsstaatlichkeit dagegen fehlt es sowohl an Kriterien als auch an Sanktionen. Wer – egal ob selbst- oder fremdverschuldet – am Rande des Bankrotts wandelt, dem schicken wir ein Heer von Bürokraten und Milliarden von Euro. Wer die Fundamente des Rechtsstaats zerstört, bekommt einen besorgten Brief. Das ist niemandem mehr plausibel zu machen.

myops: Wenn ich Ihren Hinweis auf die Finanzstabilität richtig verstehe, dann begreifen Sie sich als eine Art Rettungsschirm für Unrechtsstaaten?

Virtanen: Das ist zugespitzt, aber so kann man es sagen. Die Kollegen vom Europäischen Stabilitätsmechanismus sitzen ja nur einen Steinwurf entfernt, mit ihnen tauschen wir uns regelmäßig darüber aus, wie man nationalstaatliche Vorbehalte überwinden kann. Im Bereich des Rechts gab es bislang nur das Verfahren nach Art. 7 EUV, dessen Anwendungsbereich aus politischen Gründen praktisch bedeutungslos ist, und den ebenfalls eher symbolisch relevanten Rechtsstaatsmechanismus. Man prüfte und erteilte irgendwann eine Rüge. Um dauerhaft rechtsstaatliche Stabilität zu gewährleisten, reicht das nicht aus. Wir setzen deshalb sehr viel früher an und können sehr viel effektiver arbeiten. Sofern wir

einen signifikanten Rückgang an Rechtsstaatlichkeit beobachten, haben wir die Möglichkeit eines unmittelbaren Durchgriffs.

myops: Derartige Eingriffe in ihre Souveränität lassen sich die Mitglieder gefallen?

Virtanen: Das hoffe ich doch! (lacht) Bislang wurden wir noch nicht auf die Probe gestellt. Der Weg zu dieser Kompetenzbündelung war schmerzhaft, keine Frage, aber nach dem flächendeckenden Erstarken totalitärer Fantasien hat man überall die Notwendigkeit für eine höhere Ebene gesehen, von der aus nationale Eitelkeiten wirksam bekämpft werden können. Über fehlende Ausstattung können wir uns deshalb nicht beklagen. Die 90 Mitarbeiter der europäischen Grundrechte-Agentur haben wir vollständig übernommen und dazu noch einmal 90 Mitarbeiter neu angestellt, außerdem gibt es unterstützendes wissenschaftliches Personal, das je nach Bedarf eingesetzt wird.

myops: Und was macht dieser Stab?

Virtanen: Wir sind in 30 Referate unterteilt. 28 Länderreferate, eines für die EU als solche und ein sogenanntes Beobachterreferat, das sich derzeit hauptsächlich um die Schweiz, die Türkei und Russland kümmert. Da haben wir zwar keine praktischen Kompetenzen, aber was sich dort tut, wollen wir trotzdem möglichst genau wissen.

myops: Sie haben ein Referat, das für die EU zuständig ist? Wozu denn das?

Virtanen: Die EU hat in der Vergangenheit selbst viel gesündigt. Dublin II etwa war sicherlich keine Sternstunde der Rechtsstaatlichkeit, und die Verlogenheit, mit der Jahre lang Entsetzen geheuchelt wurde, wenn ein neues Flüchtlings Schiff untergegangen war, war ein direkter Angriff auf die abendländische Wertegemeinschaft. Das soll es künftig nicht mehr geben. Dem deutschen Jurist sollte dieses Phänomen nicht unbekannt sein, bei Ihnen diskutiert man doch ganz selbstverständlich über »verfassungswidriges Verfassungsrecht«. Wir bekämpfen jetzt nötigenfalls »europarechtswidriges Europarecht«.